

Zeitschrift: Frei denken : das Magazin für eine säkulare und humanistische Schweiz

Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz

Band: 98 (2013)

Heft: 3

Rubrik: Die FVS in den Medien

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bundesgericht schützt religiöse Idealvorstellung nicht

Das Bundesgericht hat in einem neuesten Urteil erklärt, es sei religiösen Eltern zuzumuten, «von ihren Idealvorstellungen hinsichtlich der Ausgestaltung des Schwimmunterrichts abzurücken und die hiesigen sozialen und gesellschaftlichen Gegebenheiten zu akzeptieren». Dies, nachdem die Schulbehörde den Eltern weitestgehend entgegengekommen war. Den Kindern wird das kaum nützen, weil die Eltern wohl einfach umziehen werden. Urteil vom 11. April 2013: 2C_1079/2012

Bundesrat empfiehlt CVP-Familieninitiative

Der Bundesrat hat heute den Ergebnisbericht der Vernehmlassung zur Abschaffung der steuerlichen Benachteiligung von Ehepaaren zur Kenntnis genommen. Aufgrund der überwiegend negativen Antworten in der Vernehmlassung hat er beschlossen, die Vorlage vorläufig zu sistieren. Da er am Ziel festhält, die verfassungswidrige Mehrbelastung von Ehepaaren gegenüber Konkubinatspaaren abzuschaffen, empfiehlt er die Volksinitiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe». Damit empfiehlt er ohne weiteren Kommentar eine Initiative, die u. a. in der Bundesverfassung festschreiben will: «Die Ehe ist die auf Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau.» Schwulen- und Lesbenorganisationen haben darauf hingewiesen, dass damit die Definition der Ehe als Verbindung zwischen Mann und Frau erstmals und als einzige Lebensform in der Verfassung verankert würde. Die CVP beeilte sich zwar, schnell auch noch die eingetragene Partnerschaft in ihren Initiativtext hineinzuinterpretieren. Trotzdem – diese Initiative verdient keine Zustimmung.

Bundesrat sieht keinen Aktionsbedarf bezüglich Muslime

Die Schweizer Regierung sieht keine Probleme mit der muslimischen Gemeinschaft im Lande. Sie verzichtet deshalb auf spezifische Massnahmen, um religiöse Differenzen zwischen Personen unterschiedlichen Glaubens abzubauen, heisst es in einem kürzlich veröffentlichten Bericht. Mit den bestehenden Integrationsangeboten könne man adäquat auf allfällige Probleme reagieren. Für viele Muslime bilde die Religionszugehörigkeit nicht das wichtigste Merkmal ihrer Identität. Nur zwölf bis fünfzehn Prozent von ihnen praktizierten ihren Glauben, indem sie beispielsweise regelmäßig eine Moschee besuchten. Insbesondere Muslime aus dem Westbalkan lebten den Islam häufig eher im Sinne eines Brauchtums.

Die FVS in den Medien 16.3.2013 – 15.6.2013

6. Juni 2013 news.ch
Ehren-Freidenker Bischof Norbert Brunner von Sitten tritt zurück V. Abgottspn
30. Mai 2013 news.ch
Tendenzberufe – Pflicht zum Schutz vor Missionierung R. Caspar
28. Mai 2013 20min.ch
MRI-Patienten mit religiöser Musik beschallt R. Caspar
26. Mai 2013 news.ch / blick.ch / diverse Onlineportale von Regionalzeitungen
Freidenker-Vereinigung mit neuem Präsidium sda-Meldung der Medienmitteilung
26. Mai 2013 tagblatt.ch/aktuell/schweiz/schweiz-sda/
Freidenker fordern einen neutraleren Staat sda-Meldung der Medienmitteilung
26. Mai 2013 Radio Rottu
Oberwalliser Mandatsträger bei den Freidenkern sda-Meldung
25. Mai 2013: deschner.info «Resonanz»
Titel- und Doppelseite aus FD 2/2013 zu Karlheinz Deschner
23. Mai 2013 news.ch
Religion für Atheisten. Atheismus für die Religiösen V. Abgottspn
16. Mai 2013: news.ch
Grenzen der elterlichen Religionsfreiheit R. Caspar
13. Mai 2013 ticinolibero.ch
Obligatorium der Landeshymne an der Volksschule G. Barella
5. Mai 2013: 20min.ch
Ich will keine Kirchensteuer bezahlen Verlinkung auf das Austrittsschreiben der FVS
30. April 2013 canal9.ch/tele-oberwallis
Kt. VS: Neues Gesetz über die Primarschule V. Abgottspn
26. April 2013: news.ch
Das Kreuz und das Kindeswohl R. Caspar
21. April 2013: Sternstunde Religion SRF
Streitfragen: Sollen Kinder religiös erzogen werden? V. Abgottspn
18. April 2013: news.ch
Alle Religionen haben recht V. Abgottspn
4. April 2013 Radio RABE
Kirchenaustritte R. Caspar
4. April 2013: news.ch
Wissenstempel in der Kritik R. Caspar

KANTON AG Mehr Kirche an der Fachhochschule

Die 2007 gegründete Fachstelle «Religion, Technik, Wirtschaft», ein Betreuungsdienst der Landeskirchen («Seelsorge für Spitzköpfe») an der Fachhochschule Brugg-Windisch, wird im Hinblick auf den Campus-Neubau, die Integration der Pädagogischen Hochschule und den damit verbundenen Zuwachs an Studierenden von einer befristeten zur unbefristeten, mit neu 160 statt 70 Stellenprozenten. Finanziert wird sie von beiden Landeskirchen mit je 120'000 Franken pro Jahr. Ab 1. September 2013 heisst sie «Fachstelle Religion Campus Brugg-Windisch». FHNW-Direktionspräsident Crispino Bergamaschi lobte die «bewährte Tradition des konfessionellen Miteinanders und des interdisziplinären Austausches mit kritisch forschenden Geistern im Kanton Aargau».

KANTON BS Staatliche Werbung für die Religiösen

Mit der Basler Nacht des Glaubens machten die Reformierten und die Freikirchen im Mai gemeinsam Werbung. Ebenfalls einspannen für diesen Werbe-Event liess sich der Basler Regierungspräsident Morin. Die Basler Sektion NWS hat dies in einem Schreiben an Guy Morin kritisiert.

KANTON LU Kirchenfinanzierung via Immobilienmarkt

Im Kanton Luzern hat die extrem tiefe Unternehmensbesteuerung zu markanten Steuerausfällen bei den Kirchgemeinden geführt. Doch Not macht bekanntlich erfinderisch, und so sollen jetzt kircheneigene Mietshäuser die Löcher in den Kassen wieder stopfen.

KANTON NW Kirchensteuer für jur. Personen abschaffen

Jungliberale und Jung-SVPlr haben am 1. Mai 2013 eine Initiative lanciert. In NW gehen 12 Prozent der Steuern, welche Unternehmen zu bezahlen haben, an die Landeskirche. Bei der Verteilung dieser Mittel können die Firmen aber nur sehr beschränkt mitbestimmen. Zudem sei die Kirche angesichts des gut ausgebauten Sozialstaats nicht mehr auf diese Einnahmen angewiesen. Sie solle sich künftig auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Die Initianten brauchen bis am 1. Juli 2013 500 beglaubigte Unterschriften.

KANTON TI Schweizerpsalm wird Pflichtstoff

Mit 48 zu 22 Stimmen hat das Tessiner Kantonsparlament einen Antrag gutgeheissen, welcher die Landeshymne zum Pflichtstoff an den Volksschulen erklärt. Vorbild war ein ähnlich lautender Beschluss des Aargauer Parlaments 2008. Tessiner Musiklehrer der Grund- und der Mittelstufe werden ab dem nächsten Schuljahr die Pflicht haben, allen Kindern und Jugendlichen die Worte, die Melodie und den tieferen Sinn des Schweizerpsalms beizubringen. Die Sektion Tessin hat mit deutlichen Worten die Wahrung der Glaubens- und Gewissensfreiheit an den Schulen angemahnt und auf den dringenden Reformbedarf der Schweizer Hymne hingewiesen.

Kanton VS Gesetz über Primarschule umstritten

Die Walliser FreidenkerInnen kritisieren die Organisation des Religionsunterrichts im neuen Gesetzesentwurf. Am gesetzlichen Auftrag der Schule, «die Kinder auf ihr Leben als Mensch und Christ vorzubereiten», soll sich nach Ansicht des Staatsrats nichts ändern. Die Freidenker fordern einen Ethik-Unterricht für alle.

KANTON ZH Keine Mission im Spital

Eine Röntgenassistentin des Unispitals Zürich wollte ihren Patienten einen «Denkanstoss» geben und versorgte sie während der MRI-Behandlung ungefragt mit dem Programm des christlichen Radiosenders «Life Channel». Patientenschutz und die Freidenker haben sich dagegen verwahrt. Die Uniklinik versprach darauf klare Weisungen: «Die Verantwortlichen werden ihre Mitarbeitenden instruieren, dass diese in Zukunft bei Patienten, die keinen expliziten Wunsch äussern, lediglich Kanäle einschalten, die keine weltanschauliche Haltung vertreten.»